

Nahles diskutiert mit Bremer SPD

Bürgerschaftsfraktion geht in Klausur

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion will in der kommenden Woche bei einer dreitägigen Klausurtagung auf Schloss Etelsen (Landkreis Verden) ihren Kurs für die letzten zwölf Monate der Wahlperiode abstecken. Für einen Nachmittag hat sich auch die SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles angesagt. Die Abgeordneten erwarten sich von ihr einen Ausblick, mit welchen politischen Impulsen auf Bundesebene in naher Zukunft zu rechnen ist. Auch die grundsätzliche Situation der Partei als Partner in der Großen Koalition dürfte Gegenstand der Aussprache sein.

Inhaltlich werden sich Sozialdemokraten schwerpunktmäßig mit dem Thema Städtebau auseinandersetzen. Zuletzt hatte der rot-grüne Senat auf diesem Gebiet eine Initiative ergriffen, die mehr Zuzug sozial stabiler Familien in ärmere Stadtteile bewirken soll. Wer sich etwa entschließt, in Gröpelingen oder Blumenthal zu bauen, der kann künftig von der öffentlichen Hand finanziell unterstützt werden. Die Förderung kann je nach Wert des Objekts einen fünfstelligen Betrag erreichen, indem die Stadt Grunderwerbssteuer, Notar- und Grundbuchkosten sowie gegebenenfalls Baugenehmigungsgebühren übernimmt. Laut Fraktions-sprecher Matthias Koch gibt es Überlegungen, dieses Instrumentarium noch weiter auszubauen. Auch andere Möglichkeiten zur besseren sozialen Durchmischung der Stadt und zur Schaffung günstiger Wohnräume sollen erörtert werden.

Weitere Themenfelder der Fraktionsklausur sind der erleichterte Zugang zu kulturellen Angeboten und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur in benachteiligten Stadtteilen. In der Verkehrspolitik wird es um eine bessere Gleisverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven gehen.



Eid auf die Bremer Flagge

Ernste Mienen, feierliche Worte: Neun Feuerwehrleute haben am Mittwoch ihren Amtseid im Rathaus abgelegt. Neben sieben Brandmeisteranwärtern wurden im Kaminsaal auch zwei zur Wehr

versetzte Beamte vereidigt. Diese Aufgabe übernahm ihr oberster Vorgesetzter: Karl-Heinz-Knorr, Leiter der Feuerwehr Bremen. Zuvor hatte Innensenator Ulrich Mäurer die jungen Männer begrüßt. Dass

im Rathaus etwas Besonderes geschah, merkten Passanten schon an der großen Zahl knallroter Autos vor dem Rathaus; sogar ein Feuerwehrbus parkte mittags dort. Die sieben Anwärter absolvieren

nun eine zweijährige Ausbildung. Dabei werden sie in Theorie und Praxis geschult – auch den Alltag auf den Wachen, das Miteinander, sollen sie dabei kennenlernen. **TEXT: EHO/FOTO: CHRISTINA KUHAUPT**

ÜBERFALL

Räuber gesteht

Bremen. Pech für einen Räuber. Beim Überfall auf eine Spielothek in Burg-Grambke erbeutete er eine geringe Menge Bargeld, und nur Stunden später erwischte ihn die Polizei. Der 29-Jährige soll den Überfall gestanden haben – und nicht nur den: Er habe zwei weitere Raubtaten in Bremen zugegeben, berichtet die Polizei. Nach diesen Angaben hatte der Mann am frühen Dienstag einer Angestellten des Spielotels mit einem Messer gedroht. Sie öffnete die Kasse, er nahm das Geld und flüchtete. Polizeibeamte entdeckten ihn dann in der Burger Heerstraße: Die Beschreibung traf auf ihn zu. Ein Messer hatte er dabei. **EHO**

HANDY-DIEB

Täter erwischt

Bremen. Im Vorbeifahren hat ein Radfahrer einem 63-jährigen das Handy aus der Hand gerissen. Der Bestohlene folgte dem Flüchtenden, stürzte und verletzte sich am Kopf. Eine Polizeistreife fahndete nach dem Dieb – und konnte einen Verdächtigen sowie einen mutmaßlichen Mittäter stellen. Der Überfall geschah am Dienstagabend am Dobben (Östliche Vorstadt). Das geraubte Telefon fanden die Polizisten in der Nähe. Die 17 und 19 Jahre alten Verdächtigen wurden vorläufig festgenommen. **EHO**

STADTUMSCHAU

Der Israeltag findet diesen Donnerstag von 14 bis 17 Uhr auf dem Bremer Markt statt. Die Jüdische Gemeinde Bremen und die Deutsch-Israelische Gesellschaft laden zu Informationen, Reden, Kultur, Musik, Tanz und Kulinarischem ein.

Die Ausstellung „Terrakotta-Armee“ ist ab Freitag, 18. Mai, mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr im BLG-Forum, Am Speicher XI, zu sehen. Gezeigt werden 150 originalgetreue Terrakotta-Krieger sowie weitere 100 Repliken aus der riesigen Grabanlage des ersten chinesischen Kaisers. Weitere Infos unter www.terrakottaarmee.de.

Zu einem Schafschurfest und der Lehrpfad-Eröffnung lädt der Naturschutzbund Nabu Bremen am Sonnabend, 19. Mai, auf die Dreptefarm in Wulsbüttel ein. Von 11 bis 16 Uhr gibt es viele Aktionen rund um die Schafschur und den Waldlehrpfad. Nähere Informationen unter Telefon 48444870.

Beim Feierabend-Instawalk „Raumperlen mit Charakter“ können die Teilnehmer besondere Gebäude und Orte in Bremen besuchen und dabei Menschen mit ihren Produkten kennenlernen und fotografieren. Der Feierabend-Instawalk beginnt am Donnerstag, 24. Mai, um 17.30 Uhr. Anmeldungen sind diesen Donnerstag noch per E-Mail an feierabendwalk@charakterstueck-bremen.de möglich.

Das DRK bietet vom 26. Mai bis 3. Juni eine begleitete Reise nach Goslar an. Das Hotel liegt mitten in der Altstadt Goslars. Nähere Informationen gibt es täglich von 9 bis 12 Uhr unter Telefon 3403154 und 3403155.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36713690
Mail: lokales@weser-kurier.de

Das lange Warten auf Verbindlichkeit

Nach fünf Jahren soll ein „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung“ in Bremen vorliegen

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Vor viereinhalb Jahren verabschiedete die Stadtbürgerschaft einen Dringlichkeitsantrag, der von Grünen und SPD unterzeichnet war. Darin heißt es: „Durch Systematisierung und Verstärkung (...) will Bremen Vorreiter auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung werden und damit die Attraktivität unserer Städte steigern.“ Es gebe in Bremen viele Beteiligungsprojekte, aber „es gibt noch kein Grundkonzept dafür, wie Bürgerbeteiligung verlässlich organisiert wird, wie Bürgerinnen und Bürger Beteiligungsprozesse anregen können (...) und wie Bürgerbeteiligung so organisiert und kommuniziert werden kann, dass nicht nur die Bremerinnen und Bremer Gehör finden, die sich von sich aus organisieren, sondern auch jene, die weniger vertraut mit verwaltungs-/politischen Prozessen sind.“

Alles das sollte ein „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung“ beinhalten, der damit weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß an Einbindung der Bevölkerung hinausreichte. Es gibt ihn noch nicht. Am Mittwoch fand dazu ein Treffen im Rathaus statt. Ergebnis: Bis zur Sommerpause werde der Plan dem Parlament vorliegen, sagt Regierungssprecher André Städler.

„Bremen ist keine beteiligungsfeindliche Stadt, aber ich habe den Eindruck, dass der Entwicklungsplan von Teilen der Verwaltung nicht gewollt wird, und die Bürgerschaft hat in der Vergangenheit nicht in der Weise nachgehakt, die nötig wäre.“ Das sagt Ulrich Mückenberger von der Bürgerstiftung Bremen und im Netzwerk Bürgerbeteiligung aktiv. Dabei handelt es sich um eine Organisation, die den Verantwortlichen immer wieder auf die Füße tritt, um den Prozess zu beschleunigen.

Vor wenigen Wochen hat das Netzwerk ein Memorandum mit konkreten Forderungen verabschiedet. Dazu zählen unter anderem ein eigenes Gremium mit Vertretern aus Stadtbürgerschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft, das nach einem Kriterienka-

talog über Ob und Wie von Bürgerbeteiligung entscheiden soll, sowie eine Koordinierungsstelle.

Bestandteil des von Rot-Grün geforderten und im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Entwicklungsplans ist ein Leitbild, das Art und Gestalt der Bürgerbeteiligung festlegt. Das macht den Unterschied zu heute aus, wo Bürger willkürlich beteiligt werden oder auch nicht. Einbezogen werden sie bei der Entstehung des Neuen Hulsberg-Viertels und der Zukunft des Rennbahn-Geländes, nicht zum Zuge kamen sie bei der Bebauung vor dem Hauptbahnhof oder beim Uni- bad.

Zum Entwicklungsplan soll auch eine Vorhabenliste zählen, die online einsehbar sein soll, damit die Bürger rechtzeitig Position beziehen können. „Da sind wir schon ein ganzes Stück weitergekommen“, sagt Hel-

mut Weigelt. Der Sozialdemokrat ist Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Bürgerbeteiligung. Weigelt und Marie Hoppe von den Grünen waren treibende Kräfte für den Dringlichkeitsantrag. „Ich bin mit dieser Entwicklung nicht zufrieden. Ich möchte das endlich umgesetzt wissen“, so Weigelt. Es gebe zwar Fortschritte, dazu zähle ein Zwischenbericht von November 2015. Allerdings mahnten die Mühlen ausgesprochen langsam, „wir sind jetzt erst in der Endphase“.



„Ich möchte das endlich umgesetzt wissen.“
Helmut Weigelt

mut Weigelt. „Wir sind einen großen Schritt weitergekommen“, sagt Saxe, der am Treffen im Rathaus teilgenommen hat. Vorbehaltlich der Zustimmung des Senats und der Haushaltsberatungen könne eine Stelle geschaffen werden, vermutlich ab 2020.

Nicht nur organisatorische Fragen erschweren den Prozess. Marie Hoppe spricht von Vorbehalten, die sich bei Umfragen in Verwaltung und Politik gezeigt hätten. Einige der Befragten machten sich Sorgen, dass sich Partikularinteressen durchsetzen könnten, „dass die, die am lautesten schreien, am meisten Gehör finden“. Dafür gibt es laut Hoppe keinen Grund, „wenn

Tatsächlich bestreitet niemand, dass sich Bremen um Bürgerbeteiligung bemüht. Es gebe vorbildliche Projekte, sagt Ralph Saxe, wie die Beteiligung am Verkehrsentwicklungsplan. Aber beim Entwicklungsplan gehe es darum, solche Vorbilder quasi zum Regelfall zu machen. Für die Grünen, sagt Saxe, sei unerlässlich, dass dafür eine Koordinierungsstelle geschaffen wird, die personell ausgestattet und finanziert werden müsse. Ihr Platz ist nach Auffassung von Saxe und Weigelt in der Senatskanzlei. „Das ist der Juckpunkt“, sagt Weigelt. Offenbar war er es: „Wir sind einen großen Schritt weitergekommen“, sagt Saxe, der am Treffen im Rathaus teilgenommen hat. Vorbehaltlich der Zustimmung des Senats und der Haushaltsberatungen könne eine Stelle geschaffen werden, vermutlich ab 2020.

Nicht nur organisatorische Fragen erschweren den Prozess. Marie Hoppe spricht von Vorbehalten, die sich bei Umfragen in Verwaltung und Politik gezeigt hätten. Einige der Befragten machten sich Sorgen, dass sich Partikularinteressen durchsetzen könnten, „dass die, die am lautesten schreien, am meisten Gehör finden“. Dafür gibt es laut Hoppe keinen Grund, „wenn

man den Prozess vernünftig organisiert und strukturiert“. Eben dazu soll die Koordinierungsstelle da sein. Eine ihrer Aufgaben werde sein, auf die zuzugehen, die sich selbst in der Regel keine Resonanz verschaffen. „Es geht uns auch um abholende Beteiligung, darum, auf diese Bremer zuzugehen, um ihre Interessen zu berücksichtigen“, so Mückenberger.

Andere Vorbehalte betreffen den Aufwand: Bürgerbeteiligung koste Zeit und Geld. Es dauere eventuell also noch länger, bis ein Projekt umgesetzt werde. Unter Politikern gebe es zudem die Sorge, dass ihnen ein Teil ihrer Aufgaben entrisse und die parlamentarische Demokratie geschwächt werde. „Man muss sich darauf besinnen, wer was am besten macht“, sagt Christoph Hoppensack, der ebenfalls im Netzwerk Bürgerbeteiligung engagiert ist. „Eine Grundsatz-



„Ich habe den Eindruck, von Teilen der Verwaltung ist das nicht gewollt.“
Ulrich Mückenberger

entscheidung über das Ob und die Bewilligung von Geld ist Sache des Parlaments, aber die Frage, wie etwas im Einzelnen gestaltet wird, sollten die Bürger mitentscheiden.“ Auch die Sorge über Kosten teilt Hoppensack nicht: „Mein Standardbeispiel ist die A281. Wenn man in der Planung rechtzeitig mit einer systematischen Bürgerbeteiligung begonnen hätte, wäre man heute weiter und hätte viel Geld in Form von Konfliktkosten gespart.“

Ralph Saxe geht davon aus, dass der Entwicklungsplan binnen Jahresende verabschiedet wird, das wäre nach fünf Jahren.

CDU fordert kritische Bestandsaufnahme zur Psychiatriereform

Sondersitzung mit allen Beteiligten beantragt – Grüne halten Pläne zur Umstrukturierung des Krankenhauses Ost für nicht überzeugend

VON ANTJE STÜRMANN

Bremen. „Bei der konkreten Umsetzung der Psychiatriereform Bremens hakt es ganz gewaltig“, glaubt der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Rainer Bensch. „Um die Beschlüsse der Bürgerschaft hin zu einer patientenorientierten Psychiatrie, die von Ambulantisierung und Bettenabbau im stationären Bereich geprägt sein soll, auch wirklich umzusetzen, bedarf es einer kritischen Bestandsaufnahme der Gesamtsituation“, so der Diplom-Pflegewirt in einer Mitteilung. Aus diesem Grunde habe er eine zeitlich umfangreiche Sondersitzung der Gesundheitsdeputation beantragt. Auf ihr sollen alle Akteure kritisch zu Wort kommen.

Tabus dürfe es während dieser Sitzung nicht geben: „Alle Konzepte, alle Träger und auch persönliche Funktionsträger müssen sich fragen lassen, ob sie die gesteckten Ziele glaubwürdig verfolgen“, fordert Bensch. Auf

Basis der dann vorliegenden Ergebnisse müsse anschließend nachjustiert werden. Insbesondere müsse überprüft werden, ob sich der kommunale Krankenhausbetreiber Gesundheit Nord mit seiner Psychiatrie am Klinikum Ost auf dem fachlichen Pfad der Psychiatrie-Reform befinde. „Ich erwarte, dass die Gesundheitsministerin nun Dampf macht, um das Ziel einer verbesserten Versorgung von psychiatrisch Erkrankten zu erreichen“, so Bensch.

Gleichzeitig melden die Grünen vor dem Hintergrund der Geno-Umstrukturierung: Die Pläne für das Krankenhaus Ost seien nicht überzeugend. Zwar befürworte die Fraktion das lange angemahte Konzept zur betriebswirtschaftlichen Effizienzsteigerung der Gesundheit Nord (Geno). Vom vorgesehenen Neuzuschnitt des medizinischen Angebots an den vier Klinik-Standorten sind die Mitglieder aber noch nicht überzeugt, teilt Grünen-Sprecher Matthias Makosch mit. Insbesondere die Pläne für das Kran-

kenhaus Ost bewerten die Grünen kritisch, betont der gesundheitspolitische Sprecher Nima Pirooznia: „Der Fortbestand des Klinikums Ost darf nicht als psychiatrische Bett gekoppelt werden. Das würde die Psychiatriereform mit mehr ambulanten Angeboten konterkarieren.“ Auch die angedachte Verlegung der Neurologie ans Klinikum Mitte schaffe Probleme, denn der entsprechende Raumbedarf könnte nur zulasten des neuen Hulsberg-Quartiers umgesetzt werden, so Pirooznia. Das bremse die Stadtentwicklung mit bezahlbarem Wohnraum aus. Für spezielle OPs wie zum Beispiel am Herzen oder komplizierte chirurgische Eingriffe sei die Konzentration im Klinikum Links der Weser sinnvoll, weil die Spezialisierung eine höhere Behandlungsqualität und wirtschaftliche Vorteile bedeuteten. Allerdings müsse in Ost für die zunehmende Bevölkerung weiterhin eine Klinik mit Notfall- und Basisversorgung erhalten bleiben. Nicht der Wunsch nach Zentralisierung sei allein entscheidend,

sondern auch die seit Jahren angemahnte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu den Auswirkungen einzelner Schritte.

Während die Grünen-Fraktion zum zweiten Schritt vorgesehenen Neuzuschnitt der Klinikstandorte noch Vorbehalte hat, hält sie die im ersten Schritt anstehenden betriebswirtschaftlichen Vorhaben für überfällig. „Während beim Pflegepersonal auf den Stationen keine Abstriche gemacht werden dürfen, ist der Abbau des überzähligen Verwaltungsapparates ein richtiger Schritt. Ebenso müsse das Belegungs- und Entlassungsmanagement auf den Stationen deutlich verbessert und die Besetzungspläne in den klinischen Diensten verändert werden. Hier hat die Geno-Leitung noch viele Hausaufgaben zu erfüllen.“ Dies ermögliche auch, die Auswirkungen der angedachten Umstrukturierung der vier Klinikstandorte noch detaillierter unter die Lupe zu nehmen und eine gute Entscheidung im Sinne der Patientinnen und Patienten zu treffen.